

VERTRAUEN

Landkarten geopolitischer Chancen und Risiken

IN DER KRISE

ARGUMENTE



ATLANTIK-BRÜCKE

Inhalt

Vertrauen in der Krise: Geopolitische Chancen und Risiken von Professor Dr. Burkhard Schwenker	4
Umfrage: Vertrauen in der Krise – Landkarten geopolitischer Chancen und Risiken	14
Europa muss sich behaupten lernen von Botschafter Wolfgang Ischinger	35
Deutschlands außenpolitisches Paradox von Dr. Norbert Röttgen	39
Resolute Neutralität – Daten zur außenpolitischen Abstinenz des Exportweltmeisters von Dr. Michael Werz	43

Die Umfrage der Atlantik-Brücke 2018/19

Seitdem wir im Frühjahr 2014 unsere „Landkarten geopolitischer Chancen und Risiken“ zum ersten Mal veröffentlicht haben, befragen wir die Mitglieder und Young Leader der Atlantik-Brücke regelmäßig, wie sie geopolitische Entwicklungen einschätzen. Mit Erfolg, denn schon unsere ersten Analysen stießen auf großes Interesse, da die hegemonialen Ambitionen Russlands oder der Kampf um die regionale Vormachtstellung in Nahost früher auf unserer Agenda standen als bei vielen anderen.

Mit der aktuellen Umfrage haben wir unser Format erweitert. Gemeinsam mit dem Opinion-Tech-Unternehmen Civey haben wir rund 5.000 Deutsche zu ihrer Sicht auf wichtige außen- und sicherheitspolitische Ereignisse befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ und damit ein faires Bild der derzeitigen geopolitischen Verfasstheit der deutschen Bevölkerung (vgl. zu den detaillierten Ergebnissen die Grafiken ab S. 14).

Parallel dazu haben wir auch unsere Mitglieder und Young Leader befragt und die Möglichkeit genutzt, Sichtweisen und Einstellungen von aktiven und überzeugten Transatlantikerinnen und Transatlantikern mit denen der breiten deutschen Bevölkerung zu vergleichen. Herausgekommen sind zum Teil bemerkenswerte Unterschiede.

Seitens der Atlantik-Brücke zählt unser Panel seit dem Start unserer Umfragen mehr als 1.200 Teilnehmende, darunter viele Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Wirtschaft (60 Prozent), Politik (20 Prozent) und Medien/Kultur (20 Prozent). Für die aktuelle Umfrage konnten wir wieder rund 200 Mitglieder und Young Leader überzeugen, die umfangreichen Fragen zu beantworten.

Vertrauen in der Krise: Geopolitische Chancen und Risiken

von Professor Dr. Burkhard Schwenker

Ein Weckruf für mehr Engagement

85 Prozent der Deutschen bewerten das deutsch-amerikanische Verhältnis als negativ oder sogar sehr negativ, 58 Prozent sprechen sich für eine stärkere Distanzierung gegenüber den USA aus, nur 13 Prozent wünschen sich eine stärkere Annäherung.

Soweit einige Ergebnisse der repräsentativen Umfrage, die wir gemeinsam mit Civey zur Sicht der Deutschen auf geopolitische Chancen und Risiken durchgeführt haben. Auf den ersten Blick sind diese angesichts des aktuellen Politikstils der amerikanischen Regierung nicht überraschend. Aber überraschend – oder besser: verstörend – ist dann doch, dass fast die Hälfte der Deutschen China für einen verlässlicheren Partner hält als die USA. Anders gesagt: Für sehr viele Deutsche zählt ein autokratisches Regime offensichtlich mehr als unser demokratischer Verbündeter, mit dem wir entscheidende Werte teilen: freie Wahlen, ein unabhängiges Rechtssystem, eine freie Presse, einen freien öffentlichen Diskurs. Und mehr noch:

- Nur 2,2 Prozent der Deutschen halten die potentielle Ausweitung der chinesischen Einflusszone für gefährlich.
- Gleiches gilt für Russland: Nur 1,9 Prozent sehen ein Risiko darin, wenn Russland versucht, seinen Einfluss auszudehnen.

- Auch die Krisen in Nahost (der Syrienkrieg, der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Katar, die Türkei) spielen kaum eine Rolle: Nur 9,5 Prozent halten sie für gefährlich.
- Wirklich gefährlich aus Sicht der Deutschen ist hingegen eine „zunehmende Migration“, die mit 18,6 Prozent als zweitgrößter potentieller Krisenherd überhaupt gesehen wird (getoppt nur von Rechtspopulismus und Nationalismus).
- Folgerichtig ist für mehr als 42 Prozent der Schutz der EU-Grenze das mit Abstand wichtigste Politikfeld, in dem die EU-Länder stärker kooperieren sollten.
- Im Vergleich dazu liegen EU-Außen- und Sicherheits-, Wirtschafts-, Sozial- oder Energiepolitik weit abgeschlagen auf hinteren Plätzen.
- Fast 55 Prozent der Deutschen sind ohnehin dagegen, eine gemeinsame europäische Armee zu schaffen, oder stehen der Frage unentschieden gegenüber.
- Nur knapp 28 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Deutschland der Nato-Vereinbarung entsprechend 2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgibt.
- Die Mehrheit (52,2 Prozent) würde höchstens 1,5 Prozent ausgeben, 79,9 Prozent sind ohnehin gegen ein stärkeres deutsches militärisches Engagement im Ausland.
- Nur 18,6 Prozent der Deutschen glauben, dass die deutsche Außenpolitik das Weltgeschehen zum Besseren verändern kann; 81,4 Prozent glauben das nicht.

Deutlich wird hier eine ganz besondere außenpolitische Verortung der Deutschen: kein geopolitisches und schon gar kein militärisches Engagement, Migration als eine der größten Bedrohungen für Deutschland, Schutz der Grenzen als wichtigstes EU-Projekt und eine weitere Distanzierung von den USA.

Michael Werz (vgl. Kommentar S. 43) führt diese ausgesprochene Binnenorientierung auf das Paradigma der „resoluten Neutralität“ zurück, das Deutschland seit der Nachkriegszeit bestimmt – es ist

wirtschaftlich global tätig, aber ohne nationale Interessen. Er folgert zu Recht, dass diese Weltabkehr keine Perspektive habe.

Norbert Röttgen (vgl. Kommentar S. 39) argumentiert in die gleiche Richtung: „Die deutsche Gesellschaft ist geprägt von einem außenpolitischen Paradox. [...] Sie präferiert eine stärkere Distanzierung von Deutschlands Sicherheitsgaranten – den USA – und will gleichzeitig nicht in das eigene militärische Engagement intensivieren.“

So gesehen sind die Ergebnisse unserer Umfrage ein Weckruf: für mehr Engagement, für ein besseres Erklären geopolitischer Zusammenhänge, für eine andere Kommunikationsform, für ein aktives Werben und Eintreten für die transatlantische Partnerschaft.

Die Sicht der Transatlantikerinnen und Transatlantiker

Dass das Panel der Atlantik-Brücke – also derjenigen, die schon qua Mitgliedschaft überzeugte Transatlantikerinnen und Transatlantiker sind – zu anderen Einschätzungen kommt, ist nicht überraschend. Nur 16 Prozent sind für eine stärkere Distanzierung gegenüber den USA, und vor allem sehen 73 Prozent in den USA den verlässlicheren Partner und nur 17 Prozent in China.

Auch andere Politikfelder werden unterschiedlich beurteilt:

- Neben Rechtspopulismus und Protektion wird das größte Risiko in der „politischen Instabilität der EU“ gesehen.
- Die Sorge um die EU hat signifikant zugenommen, im Vergleich zu unserer letztjährigen Umfrage um fünf Plätze auf Platz 2 der potentiell gefährlichsten Krisenherde.
- Die Sicherheits- und Außenpolitik ist mit 40 Prozent der Nennungen das mit Abstand wichtigste Politikfeld, in dem die EU-Staaten kooperieren sollten (gefolgt von der Wirtschaftspolitik).
- Dementsprechend groß ist die Zustimmung zu einer „europäi-

schen Armee“ (70 Prozent) und zur Einhaltung des Zwei-Prozent-Zieles der Nato (51,4 Prozent); weitere 25 Prozent sprechen sich sogar für mehr als 2 Prozent aus.

→ Zwei Drittel wünschen sich ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands im Ausland – und immerhin 41 Prozent (gegenüber 18,6 Prozent repräsentativ) sind der Meinung, dass die deutsche Außenpolitik die Welt zum Besseren verändert.

Ein Grund für diese sehr unterschiedliche Sicht auf die geopolitischen Entwicklungen und auf das transatlantische Verhältnis liegt sicher auch darin, dass die wirtschaftliche und militärische Verflechtung zwischen Deutschland und den USA von der Mehrheit der Deutschen falsch eingeschätzt wird: Nur knapp 25 Prozent der Befragten liegen richtig mit ihrer Einschätzung, wie bedeutend der Export nach den USA ist. Dass die USA allein fast 70 Prozent des Nato-Budgets trägt, ist nur 12 Prozent der Deutschen bewusst.

Also auch aus dieser Sicht empfiehlt sich: besser erklären, mehr kommunizieren! Denn Wolfgang Ischinger (vgl. Kommentar S. 35) hat recht: Abnabeln geht nicht. Nicht nur deshalb, weil wir auf die amerikanischen Sicherheitsgarantien angewiesen sind. Sondern auch, weil alternative Verbündete nicht gerade Schlange stehen.

Statt USA-Bashing: Europa ist gefordert

Bei allem Frust über den derzeitigen Zustand des transatlantischen Verhältnisses kristallisieren sich in beiden Umfragen drei Themen heraus, die ein hohes Risikoprofil haben: der Kampf gegen den islamischen Terrorismus, die Suche nach Lösungen für die Nahost-Krisen und die Ausweitung des russischen Einflusses. Hier kann schneller und besser zu einer Lösung beigetragen werden, wenn die USA und Deutschland/Europa eng zusammenarbeiten. Gleichzeitig zeigen beide Umfragen, dass es ein relevantes Problemfeld gibt, bei

dem auch eine transatlantische Zusammenarbeit nicht helfen wird: die Gefahr einer weiteren Schwächung der EU.

Beide Themenkomplexe hängen eng zusammen. Denn während es aus deutscher bzw. europäischer Perspektive eine ganze Reihe von relevanten Krisen gibt, bei denen ein transatlantisches Vorgehen wichtig ist, sieht sich die USA mit einer EU konfrontiert, die von einer starken gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik weit entfernt ist. Mit einer EU, die sich offensichtlich nur auf massiven Druck hin in Richtung auf das Zwei-Prozent-Ziel der Nato bewegt – und ohnehin riskiert, sich weiterhin wirtschaftlich und politisch zu schwächen. Aus amerikanischer Sicht spielt die EU nicht auf Augenhöhe, ist diese nur eingeschränkt bündnisfähig und als Partner damit nicht wirklich relevant.

Hinzu kommt, dass sich Amerika ohnehin schon seit Langem nach Asien orientiert. Und das nicht nur wirtschaftlich, auch das Sicherheitsbedürfnis verlagert es zunehmend in den pazifischen Raum. Hier liegen die großen Gegner, während Russland fern ist und der Mittlere Osten – seit die USA von Ölimporten unabhängig sind – weitgehend als europäisches Problem gesehen wird.

Die Antwort liegt also bei uns selbst: Sie zielt auf ein starkes, selbstbewusstes Europa, das in der Lage ist, sich in die Lösung geopolitischer Probleme kraftvoll einzubringen – und das dadurch aus amerikanischer Sicht als Partner wieder relevant wird. Denn das sind wir derzeit offenbar nicht.

Diese Relevanz werden wir nicht erreichen, wenn sich das Interesse der Deutschen an Europa auf den „Schutz der europäischen Grenzen“ beschränkt, wie unsere repräsentative Umfrage zeigt. Aber eine tiefere Analyse ergibt, dass drei weitere Themenfelder – wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung – auf der Agenda weit oben stehen: die Verteidigungs- und Außenpolitik, die Wirtschafts- und die Sozialpolitik.

Dieses „Agenda-Setting“ ist nicht widerspruchsfrei: Die Unentschlossenheit gegenüber einer europäischen Armee zeigt das genauso

deutlich wie die aktuellen und kontroversen Diskussionen um den Waffenexport. Es macht aber die Prioritäten deutlich, an denen sich eine zukunftsorientierte Europapolitik orientieren kann:

- die europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärken – und als Voraussetzung dafür das EU-Einstimmigkeitsprinzip aufheben, zumindest in den genannten Politikfeldern, um Handlungsfähigkeit beweisen zu können
- Europas militärische und industrielle Verteidigungsstrukturen effektiv auf- und ausbauen – mit einer europäisch ausgelegten Exportkontrolle
- eine wachstumsorientierte europäische Wirtschaftspolitik, die vor allem jungen Europäerinnen und Europäern in vielen Ländern Europas die Perspektive gibt, der Arbeits- und Hoffnungslosigkeit erfolgreich zu entinnen – und die es einfacher macht, Verteilungskonflikte zu lösen und auf lange Sicht die Akzeptanz für höhere Verteidigungsbudgets zu schaffen.

Im Grunde ist es ganz einfach: Mit einem Heimatmarkt von 83 Millionen Deutschen können wir global wenig ausrichten, aber ein echtes Europa mit 450 Millionen Europäerinnen und Europäern wird einen Unterschied machen – wirtschaftlich, aber eben auch außen- und sicherheitspolitisch.

Eine Voraussetzung kommt auch hier hinzu: dass anders kommuniziert wird. Ein Klicken auf die Websites der EU zeigt, worum es geht. Die Kommunikation ist solide, detailliert, politisch korrekt. Aber Empathie und Begeisterung geht anders! Und anders heißt, dass konkrete Ziele in den Vordergrund gestellt werden, dass Position bezogen wird, dass deutlich wird, um was es geht – nämlich um Stärke, Stolz und Handlungsfähigkeit. Kurz: um Relevanz und darum, mit einem starken Europa und einer starken transatlantischen Partnerschaft für eine demokratische Welt zu kämpfen.

Transatlantisch werben

Selbst wenn sich eine Agenda für ein starkes, relevantes Europa abzeichnet, wird es auch unter optimistischsten Annahmen Zeit brauchen, bis die Maßnahmen greifen und Europa aus amerikanischer Perspektive (wieder) relevant ist. Zu viel Zeit angesichts der Vielzahl geopolitischer Krisen und der äußerst skeptischen Haltung der Deutschen gegenüber den USA.

Die Schlussfolgerung daraus kann doch nur folgende sein: Wir müssen für das transatlantische Bündnis werben – jeder und bei jeder Gelegenheit! Weil wir, zumindest mittelfristig, auf amerikanische Sicherheitsgarantien und eine schlagkräftige Nato angewiesen sind. Weil wir „unsere“ geopolitischen Probleme besser im Schulterschluss mit den Amerikanern lösen. Weil wir wirtschaftlich eng verwoben sind und nur gemeinsam für Wohlstand sorgen können. Weil wir nur gemeinsam dafür kämpfen können, dass Demokratie und Liberalismus nicht unter die Räder kommen. Kurz: weil es keine andere Region auf der Welt gibt, mit der wir mehr Werte und Erfahrungen teilen als mit den USA. Und weil China dazu keine Alternative ist.

Dieses Werben muss allerdings auch jenseits des Atlantiks stattfinden. Dass und warum die USA stärker auf Asien schauen, haben wir bereits oben beleuchtet. Diese Hinwendung zum Pazifischen ist nicht neu und hat auch nichts mit Donald Trump zu tun, denn das seinerzeit von Präsident Obama und Hillary Clinton ausgerufenen „Pacific Age“ hat Wirkung gezeigt:

- In einer mit der Financial Times Deutschland durchgeführten Umfrage unter deutschen und amerikanischen Top-Mangerinnen und -Managern zeigte sich bereits 2011, dass zwar 90 Prozent der Deutschen ein gutes transatlantisches Verhältnis für ganz entscheidend halten, aber nur noch 30 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner.

- Eine vor zwei Jahren von der American Chamber of Commerce durchgeführte Studie kommt zu noch deutlicheren Ergebnissen: Auf die Frage an amerikanische Top-Entscheidungsträgerinnen und -träger, welche Region in 10 Jahren für die USA entscheidend sein wird, haben nur noch 7 Prozent mit „Europa“ geantwortet.
- Eine aktuelle Masterarbeit an der ESMT, in der es in innovativen Big-Data-Analysen darum ging, die Sicht der Amerikaner auf Deutschland zu erforschen, hat gezeigt, dass wir aus Sicht der allermeisten Amerikanerinnen und Amerikaner – Republikaner wie Demokraten – nicht relevant und gute Beziehungen nicht entscheidend sind.

Hier kann man ebenfalls nur schlussfolgern: Wir müssen auch in Amerika für das transatlantische Verhältnis und uns werben. Wir haben gute Argumente: unsere industrielle Kompetenz, unsere damit verbundene Fähigkeit, digitale und reale Welten zu verbinden, die Größe Europas, die Perspektive eines gestärkten Europas. Und – vice versa – dass es keine Region auf der Welt gibt, mit der die USA mehr Werte, Ideale und Erfahrungen teilt als mit Europa.

Besser kommunizieren

Die Gründe, die dies- und jenseits des Atlantiks für eine starke transatlantische Partnerschaft sprechen, sind nicht neu. Und trotzdem verfangen sie ganz offensichtlich nicht, wie unsere Umfrage nachdrücklich belegt. Anders ist die äußerst skeptische und abweisende Haltung nicht zu erklären. Und auch die Informationsdefizite nicht, die ganz augenscheinlich vorhanden sind.

Wir müssen also anders kommunizieren, um mehr Menschen zu erreichen und mehr Menschen „transatlantisch“ zu überzeugen. Aber wie? Klar ist jedenfalls, dass die üblichen Konferenzen und Formate, in denen doch immer nur Bekehrte zu Bekehrten sprechen, nicht

mehr weiterhelfen. Genauso klar ist, dass die vielbeschworene Suche nach „neuen transatlantischen Narrativen“ vielleicht intellektuell reizvoll ist, aber hier und jetzt nichts bringt.

Jetzt geht es darum, die intellektuelle Komfortzone zu verlassen und Stellung zu beziehen: in neuen Formaten, an überraschenden Orten, mit einem anderen Publikum, auf Social Media. Dies gilt für jeden von uns, bei jeder passenden Gelegenheit. Statt in Stiftungen und Verbänden im alternativen Kulturzentrum, statt im Rathaus in der Stadthalle, statt in Berlin in der Provinz.

Transatlantisch gesehen heißt das: Wenn wir die Herzen der Amerikanerinnen und Amerikaner wiedergewinnen wollen, müssen wir nach Oklahoma gehen statt nach Washington, sollten wir in die Betriebe gehen, statt Anzeigen zu schalten, sollten wir mit den Menschen ins Gespräch kommen. Ansatzpunkte dafür gibt es genug – beispielsweise bei den 700.000 Amerikanerinnen und Amerikanern, die für deutsche Unternehmen in den USA arbeiten.

Die Atlantik-Brücke setzt sich für diesen zivilgesellschaftlichen Dialog ein, unsere letzte Mitgliederreise führte nach Oklahoma.

Außenpolitik zum Thema machen

So wichtig eine andere Form der Kommunikation ist, so richtig ist es auch, dass das eigentliche Problem viel größer ist. Denn letztlich können unsere Umfragewerte auch als Symptome einer Vertrauenskrise interpretiert werden. Diese ist eben auch darin begründet, dass Meinungen heute einflussreicher sind als Fakten.

Hinzu kommt ein weiteres: Auch objektiv betrachtet wird es immer schwieriger, ein klares Bild der Lage zu gewinnen. Globale Verwicklungen werden immer komplexer, Zusammenhänge sind längst nicht mehr so eindeutig wie früher, Bedrohungen nicht immer sofort erkennbar, Freund und Feind nicht immer klar zu unterscheiden. Jederzeit können neue, unerwartete Entwicklungen eintreten und

bewährte politische oder diplomatische Vorgehensweisen infrage stellen.

Welche Antworten auf diese Ungewissheiten gegeben werden können, ist nicht einfach zu beantworten. Dazu ist das Phänomen in dieser Schärfe und Ausprägung noch zu neu. Klar ist aber, dass es nichts bringt, alles Ungewisse auszublenden und zu vermeintlich einfachen Wahrheiten oder Sicherheiten zurückzukommen. Besser ist es, Ungewissheit offensiv zu thematisieren, Zukunftsbilder zur Diskussion zu stellen, Prioritäten zu setzen und „klare Kante“ zu zeigen, wenn es um grundsätzliche Themen geht. Dass die Großmachtambitionen einiger Länder für uns gefährlich sind. Dass internationale Allianzen schon deswegen bedeutsam sind. Dass wir in Szenarien denken müssen. Dass wir – auch wenn es schwerfällt – vernetzt arbeiten müssen und einen echten Brückenschlag brauchen zwischen außenpolitischem, volkswirtschaftlichem und gesellschaftspolischem Denken. Oder kurz: dass Geopolitik wichtig ist!

Professor Dr. Burkhard Schwenker

ist stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke und Leiter des Workstreams Außen- und Sicherheitspolitik. Er ist Senior Partner und Chairman of the Advisory Council der Roland Berger GmbH.

Umfrage:

Vertrauen in der Krise – Landkarten geopolitischer Chancen und Risiken

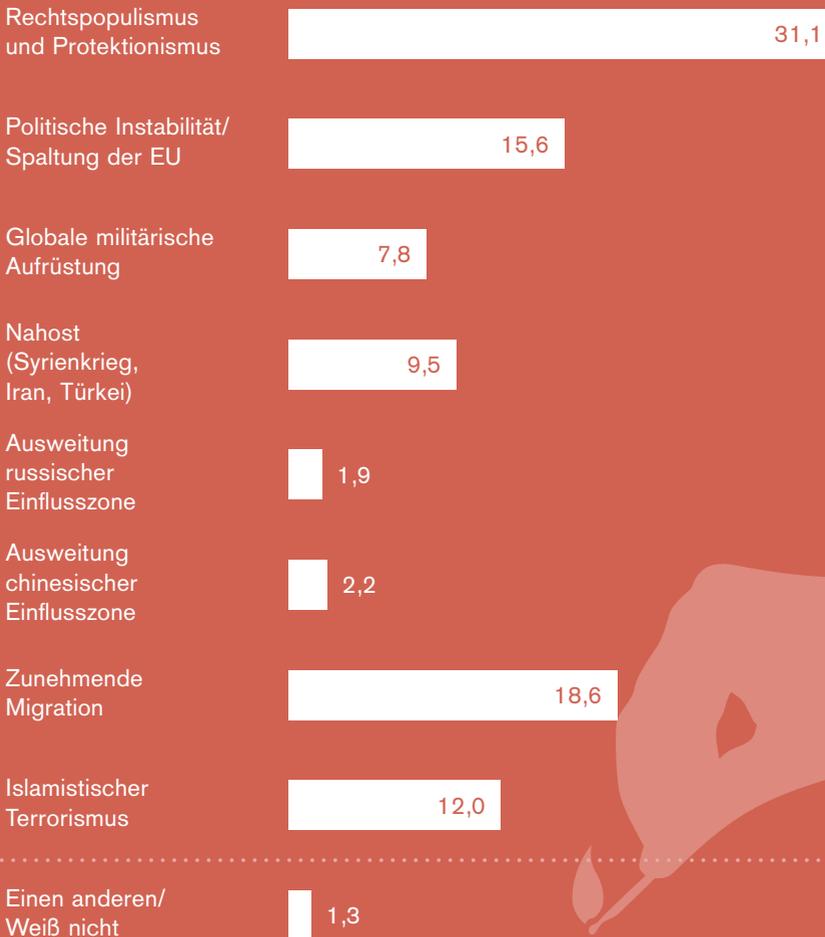
METHODE

Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat im Auftrag der Atlantik-Brücke rund 5.000 Personen im November und Dezember 2018 befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für Wahlberechtigte in Deutschland. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt bei 2,5 Prozent. Weitere Informationen zur Methodik finden Sie unter civey.com/pro/unsere-methode

Vertrauen in der Krise

Weltlage

Welche potenziellen Krisenherde halten Sie aktuell für gefährlich?



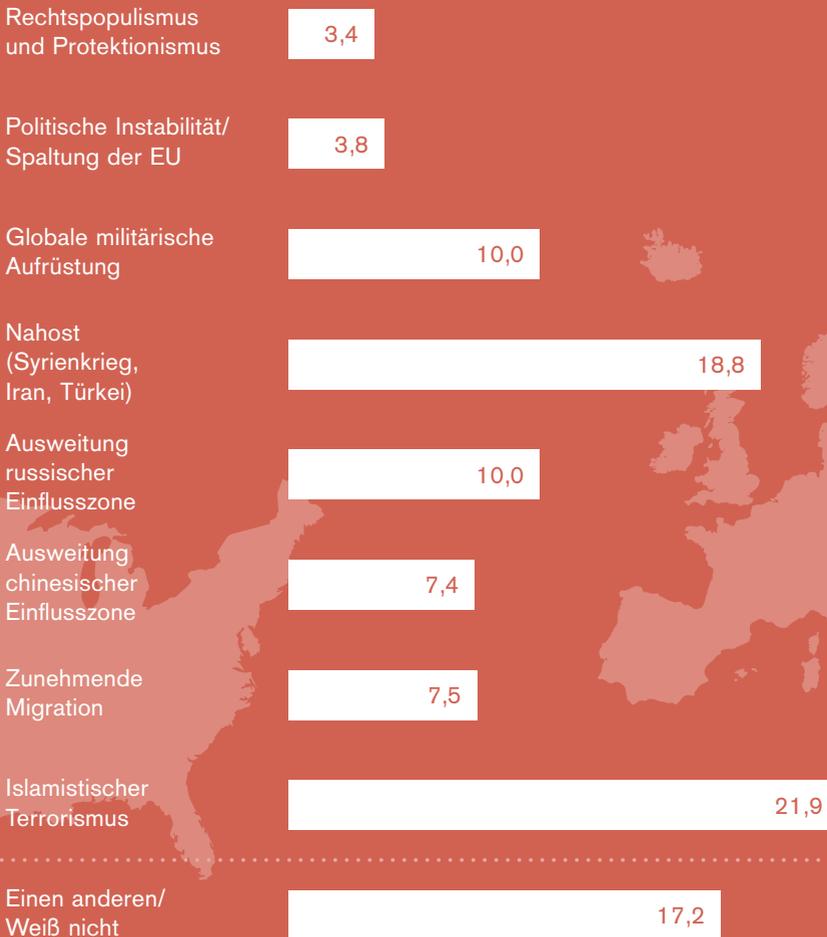
Angaben in Prozent

Welche potenziellen Krisenherde halten Sie aktuell für gefährlich?*



* Wahlabsicht Bund, Angaben in Prozent

Bei welchem potenziellen Krisenherd kann eine enge Zusammenarbeit von USA und Europa Ihrer Meinung nach am meisten zu einer Lösung beitragen?

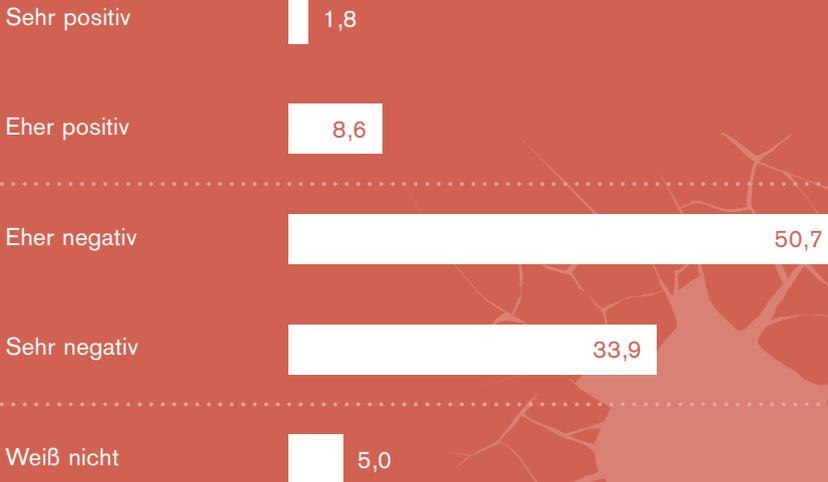


Angaben in Prozent

Vertrauen in der Krise

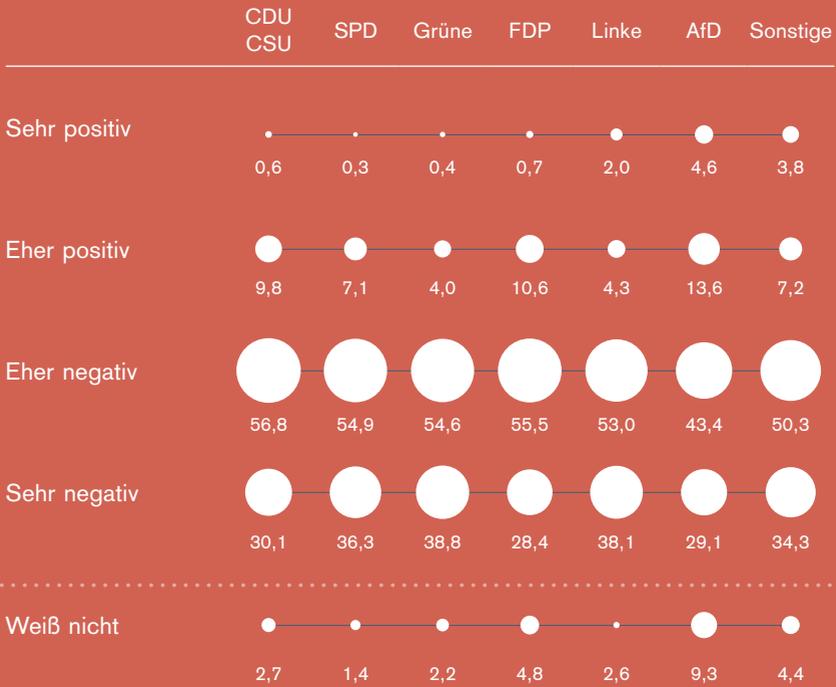
Transatlantische Beziehungen

Wie bewerten Sie aktuell das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA?



Angaben in Prozent

Wie bewerten Sie aktuell das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA?*



* Wahlabsicht Bund, Angaben in Prozent

Welchen politischen Kurs wünschen Sie sich von Deutschland gegenüber den USA?

Eine stärkere Annäherung

13,1

Eine Fortführung wie bisher

26,0

Eine stärkere Distanzierung

57,6

Weiß nicht

3,3

Angaben in Prozent

Wer ist der verlässlichere Partner für Deutschland: China oder die USA?

Eindeutig China

14,0

Eher China

28,3

Unentschieden

34,6

Eher USA

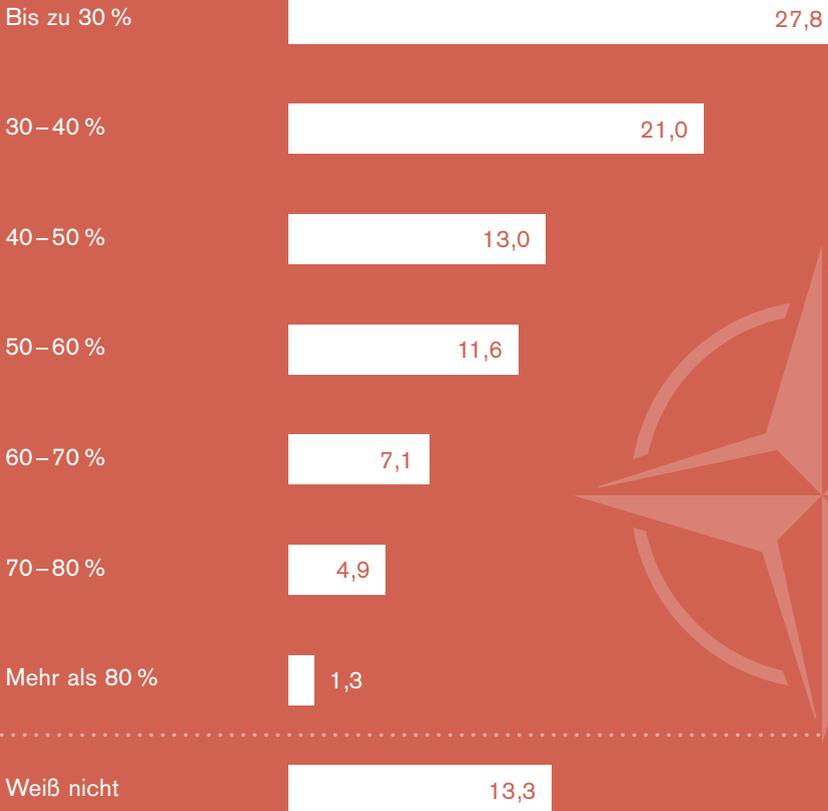
14,3

Eindeutig USA

8,8

Angaben in Prozent

Wie viel Prozent, schätzen Sie, an den gesamten Verteidigungsausgaben aller NATO-Mitglieder übernehmen die USA?



Angaben in Prozent

Vertrauen in der Krise

Deutschlands und Europas Rolle in der Welt

Verändert die aktuelle deutsche Außenpolitik das Weltgeschehen zum Besseren oder zum Schlechteren?

Eindeutig zum Besseren



Eher zum Besseren



Weder noch



Eher zum Schlechteren



Eindeutig zum Schlechteren

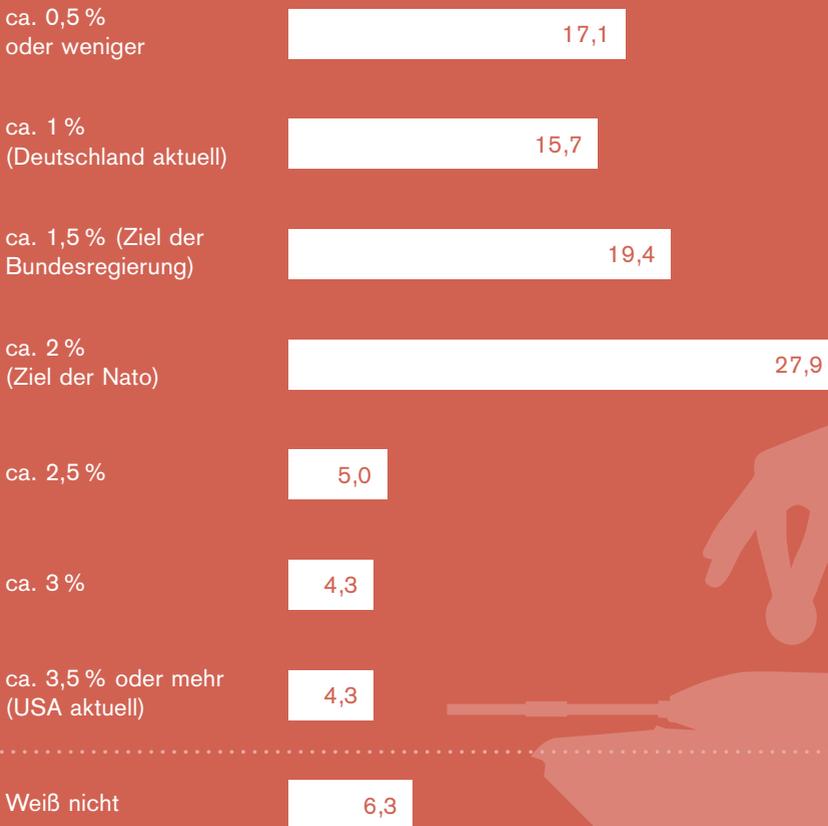


Weiß nicht



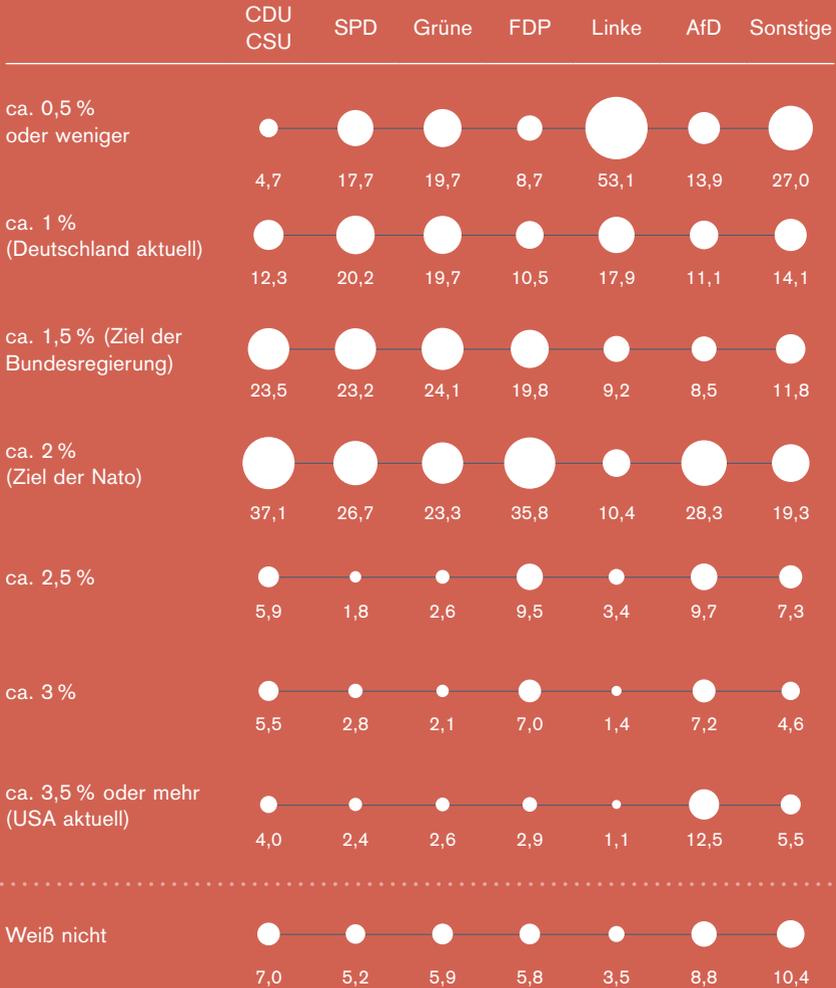
Angaben in Prozent

Wie viel Prozent seiner wirtschaftlichen Leistung sollte Deutschland für Verteidigung ausgeben?



Angaben in Prozent

Wie viel Prozent seiner wirtschaftlichen Leistung sollte Deutschland für Verteidigung ausgeben?*



* Wahlsicht Bund, Angaben in Prozent

Ist ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands im Ausland wünschenswert?

Ja, auf jeden Fall

5,6

Eher ja

8,8

Ist mir egal

5,7

Eher nein

29,2

Nein, auf keinen Fall

50,7

Angaben in Prozent

Sollten die nationalen Streitkräfte durch eine gemeinsame EU-Armee ersetzt werden?

Ja, auf jeden Fall 23,5

Eher ja 24,2

Unentschieden 12,7

Eher nein 17,1

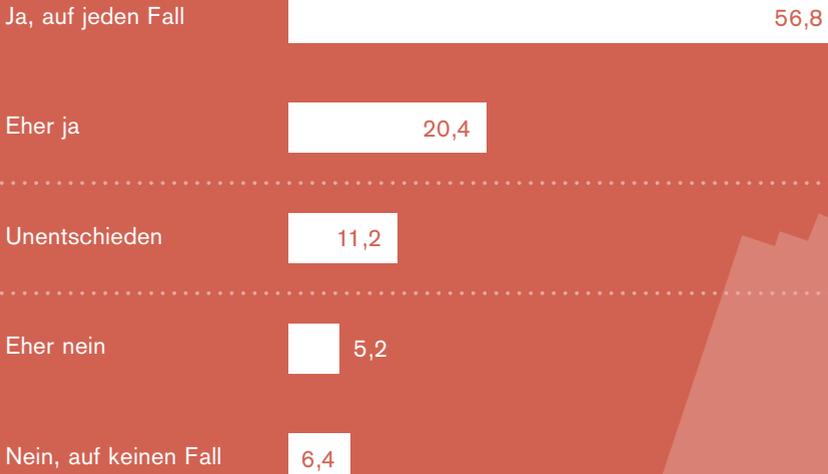
Nein, auf keinen Fall 22,5

Angaben in Prozent

Vertrauen in der Krise

Aktuelle Krisenherde

Sollte die Bundesregierung am Atomabkommen mit dem Iran festhalten?



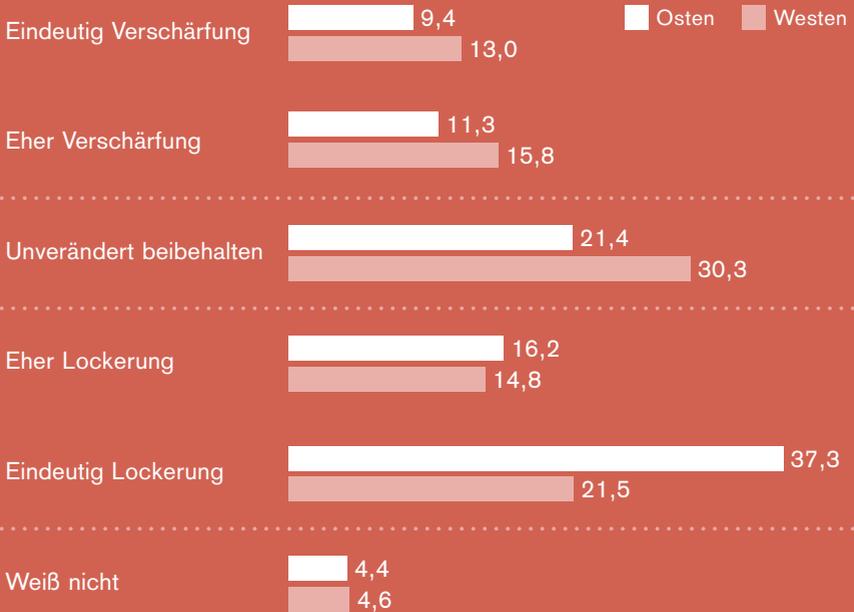
Angaben in Prozent

Was soll mit den Sanktionen der EU gegen Russland geschehen, wenn es weiterhin keine Lösung im Ukraine-Konflikt gibt?



Angaben in Prozent

Was soll mit den Sanktionen der EU gegen Russland geschehen, wenn es weiterhin keine Lösung im Ukraine-Konflikt gibt?



Angaben in Prozent

Europa muss sich behaupten lernen

von Botschafter Wolfgang Ischinger

Wir erleben gegenwärtig nichts weniger als einen Epochenbruch. Eine Ära geht zu Ende und mit ihr die außenpolitischen Gewissheiten, die uns Europäern viele Jahre der Stabilität und des Wohlstands bescherten. Nichts scheint mehr so, wie es war. Stattdessen herrschen weltweit Krisen, deren Konsequenzen wir bis nach Europa spüren. Großmachtrivalitäten, die wir für beendet hielten, flammen nun wieder auf. Und als wäre dies nicht genug, werden nun auch noch jene internationalen Allianzen, Institutionen und Regeln radikal infrage gestellt, die eigentlich helfen sollen, den Großmachtwettbewerb und die globalen Krisenherde einzuhegen.

Am besorgniserregendsten unter diesen Zerfallsprozessen sind für uns Europäer aber diejenigen, die sich in der transatlantischen Partnerschaft vollziehen. Nirgendwo war die zunehmende Entfremdung zwischen den USA und Europa stärker greifbar als auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres. Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Vizepräsident Mike Pence hielten dort zwei Reden, die nicht nur grundlegend unterschiedliche Sichtweisen auf die internationale Politik offenbarten. In ihnen entlud sich auch die Enttäuschung, die beide Seiten derzeit füreinander empfinden. Die Verunsicherung, Entfremdung und Spannungen, die sich in München auf der Ebene der außenpolitischen Eliten zeigten, ziehen sich durch die europäischen Gesellschaften. Das belegt eindrucksvoll –

und bisweilen erschreckend – die aktuelle Umfrage, die im Auftrag der Atlantik-Brücke unter 5000 Deutschen durchgeführt wurde.

Die Ergebnisse offenbaren einen erheblichen Vertrauensverlust gegenüber den Vereinigten Staaten. So bewerten 85 Prozent der Befragten die Beziehungen zu den USA als negativ, und fast die Hälfte hält China für einen verlässlicheren Partner als die USA. Ein autoritäres Regime gilt ihr als zuverlässiger als der langjährige demokratische Weggefährte! Neben generellen Zweifeln an der Verlässlichkeit Amerikas, die die Daten spiegeln, finden sich in den Umfrageergebnissen aber auch die ganz konkreten transatlantischen Streitpunkte. So spricht sich eine deutliche Mehrheit der Befragten – 77 Prozent – für ein Festhalten am Atom-Deal mit dem Iran aus. Sie steht damit ganz klar hinter Merkel, die das Abkommen in ihrer Münchner Rede vehement verteidigte und damit Pence trotzte, der auf der Sicherheitskonferenz abermals von den Europäern verlangte, das Abkommen zu verlassen.

Nicht Distanzierung, sondern aktives gemeinsames Handeln mit den USA ist jetzt wichtig – gerade jetzt!

Eine Distanzierung von den USA, die mehr als die Hälfte der Befragten ob ihrer Enttäuschung wünscht, ist aber der falsche Weg. Abnabeln geht nicht. Nicht nur deshalb, weil wir mittelfristig auf amerikanische Sicherheitsgarantien angewiesen bleiben. Sondern auch, weil alternative Verbündete für unsere Anliegen nicht gerade Schlange stehen. China mag rhetorisch den Eindruck erwecken, ein solcher Partner zu sein. In der Praxis aber fallen unsere Interessen meist deutlich auseinander – nicht nur im Bereich des Menschenrechtsschutzes. Nicht Distanzierung, sondern aktives gemeinsames

Handeln mit den USA ist jetzt wichtig – gerade jetzt! –, und zwar auf allen Ebenen: mit Kongressabgeordneten, Gouverneuren, CEOs und der amerikanischen Zivilgesellschaft. Die USA sind nicht nur das Weiße Haus Donald Trumps. Auch das hat die diesjährige Sicherheitskonferenz eindrücklich bewiesen. Denn mit der bisher größten Delegation des US-Kongresses setzten die amerikanischen Abgeordneten ein klares Zeichen für ihr Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft.

Gleichzeitig stimmt, dass Europa deutlich selbstständiger werden muss. Das Bröckeln der transatlantischen Allianz besorgt uns auch deshalb so stark, weil wir Europäer allein nicht gut aufgestellt sind. Es ist deshalb höchste Zeit, dass wir Europas Außen- und Sicherheitspolitik stärken. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in der EU-Außenpolitik, wo bislang noch Einstimmigkeit gilt. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass die EU bei wichtigen außenpolitischen Entscheidungen wegen des Vetos Einzelner regelmäßig gespalten und damit handlungsunfähig ist. Den traurigen Beweis mangelhafter Geschlossenheit hat die EU jüngst wieder im Umgang mit Venezuela bewiesen. Aber auch die stärkere gemeinsame Nutzung und Zusammenlegung militärischer Fähigkeiten wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen dringend mehr Tempo beim Auf- und Ausbau effektiver europäischer Verteidigungsstrukturen. Die Umfrageergebnisse der Atlantik-Brücke, laut derer 48 Prozent der Befragten die nationalen Streitkräfte gern durch eine gemeinsame EU-Armee ersetzt sehen würden, zeigen, dass zumindest in Deutschland ein solches Ansinnen große Unterstützung findet. Kurz gesagt, die EU muss weltpolitikfähig werden, will sie in Zukunft nicht in die Rolle eines Zuschauers gedrängt werden, dessen Schicksal andere Mächte bestimmen.

Auch wenn Großmachtgebaren und die daraus erwachsenden Spannungen ganz offensichtlich nicht zu den Hauptsorgen der Befragten gehören – immerhin erachten nur vier Prozent russische und

chinesische Versuche, ihre jeweiligen Einflusszonen auszuweiten, als gefährlich –, so haben die Deutschen doch ganz offensichtlich eines verstanden: In der Welt von morgen wird sich keiner der kleinen europäischen Staaten allein behaupten können. So jedenfalls interpretiere ich den Befund, dass nationale Abschottung und die Spaltung der EU zu den größten Sicherheitsrisiken gezählt werden. Merkels Münchner Plädoyer wider den Nationalismus findet also durchaus ein gesellschaftliches Echo.

In diesen Zeiten des Epochenbruchs, der Verunsicherung und der Ungewissheit gilt mehr denn je: Europa muss sich behaupten lernen. Und es muss sich vehement dafür einsetzen, Amerika in der transatlantischen Allianz zu halten. Dialog ist dafür unerlässlich. Ihm eine Plattform zu bieten ist das erklärte Ziel sowohl der Atlantik-Brücke als auch der Münchner Sicherheitskonferenz. Ich empfinde es deshalb als große Bereicherung, die Atlantik-Brücke bei unserer jährlichen Hauptkonferenz mit an Bord zu haben – und setze große Hoffnungen darauf, die enge Zusammenarbeit noch weiter zu vertiefen.

Botschafter Wolfgang Ischinger

ist Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke und Vorsitzender der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz.

Deutschlands außenpolitisches Paradox

von Dr. Norbert Röttgen

Die deutsche Gesellschaft ist geprägt von einem außenpolitischen Paradox. Sie wünscht sich einerseits mehr Sicherheit und möchte andererseits doch möglichst wenig dafür tun. Sie präferiert eine stärkere Distanzierung von Deutschlands Sicherheitsgaranten – den USA – und will gleichzeitig aber das eigene militärische Engagement nicht intensivieren. Dieses Paradox ist nicht Ausdruck mangelnden außenpolitischen Interesses. Im Gegenteil: Außenpolitik stand lange nicht mehr so im Fokus unseres politischen Geschehens wie jetzt. Es ist vielmehr die Konsequenz einer fehlenden strategischen Debatte in Deutschland.¹

Nur noch von Freunden umgeben, hatte Deutschland mit dem Ende des Kalten Krieges und nach der Wiedervereinigung eine Art historischen Glückszustand erreicht. Dabei spielten die USA eine entscheidende Rolle. Kein anderes Land hat von der amerikanisch geführten Weltordnung so profitiert wie die Bundesrepublik, die im Windschatten amerikanischer Sicherheitsgarantien wirtschaftlich florierte. Das daraus resultierende Urvertrauen gegenüber den USA stellte über Jahrzehnte eine unerschütterliche Konstante der deutschen Außenpolitik dar.

¹ Hierzu siehe auch Müller, Nora: „Den Schuss nicht gehört.“ In Die Zeit, 22. Januar 2019.

Dieses Vertrauen scheint nun zumindest in Teilen aufgebraucht – das legen die Ergebnisse der Umfrage zu „Außenpolitischen Chancen und Risiken“ nahe, welche die Atlantik-Brücke in Auftrag gegeben hat. Befragt wurden 5000 Teilnehmer zu ihren sicherheits- und verteidigungspolitischen Ansichten. Der Schaden, den die Präsidentschaft Donald Trumps schon jetzt für das transatlantische Verhältnis bedeutet, wird in der Umfrage klar ersichtlich: So sehen 85,3 Prozent der Befragten das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA aktuell entweder als eher negativ oder sehr negativ an. Mehr noch: 57,6 Prozent der Teilnehmer wünschen sich eine stärkere Distanzierung Deutschlands gegenüber den USA.

Die deutsche Gesellschaft hat eine konkrete Vorstellung von dem, was sie nicht will, doch was fehlt, ist die Idee von einer gestaltenden Rolle der Bundesrepublik.

Aber was folgt aus dieser Distanzierung? Die deutsche Gesellschaft hat eine konkrete Vorstellung von dem, was sie nicht will, doch was fehlt, ist die Idee von einer gestaltenden Rolle der Bundesrepublik. Umso mehr die USA als Garant der regel-basierten Ordnung ausfallen, desto stärker drängt sich die Frage nach dem deutschen Beitrag zu deren Erhalt auf. Machen wir uns nichts vor: Was wir derzeit erleben, stellt eine historische Zäsur dar. Auch nach Donald Trump wird es kein Zurück zu dem Status quo ante der transatlantischen Beziehungen geben. An der Neujustierung der innen- und außenpolitischen Prioritäten Amerikas wird auch ein neuer Präsident nichts ändern. Zu groß sind die Herausforderungen im Inneren sowie andern Orts und zu forsch drängen Kontrahenten auf das geostrategische Spielfeld.

Deutschland wird daher zwangsweise mehr Verantwortung übernehmen müssen – in Europa und der Welt. Fast gebetsmühlenartig wiederholt die deutsche Führungsriege seit Jahren dieses Mantra und trotzdem stemmt sich eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung vehement gegen ein stärkeres und umfassendes politisches Engagement im Ausland. Besonders deutlich wird dies mit Hinblick auf ein militärisches Eingreifen Deutschlands in Konfliktsituationen. 79,9 Prozent der Umfrageteilnehmer sind negativ gegenüber einem solchen Engagement eingestellt. 50,7 Prozent sagen sogar, dass sie dies „auf keinen Fall“ wollen.

Doch ohne den Rückhalt in der Bevölkerung kann in diesen Zeiten Außenpolitik überhaupt nicht betrieben werden. Wir müssen daher beginnen, die Bürger von den strategischen Notwendigkeiten eines deutschen Engagements in einer sich radikal verändernden Welt zu überzeugen. Was wir brauchen, ist eine außenpolitisch-strategische Debatte. Das beinhaltet auch, unangenehme Wahrheiten klar auszusprechen: Mehr Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif und nicht ohne eine funktionierende Bundeswehr. Wohin eine solche Debatte führen kann, hat die von US-Präsident Donald Trump erzwungene Auseinandersetzung mit höheren Verteidigungsausgaben gezeigt. Immerhin halten 27,9 Prozent der Befragten die Investition von zwei Prozent der wirtschaftlichen Leistung Deutschlands in Verteidigung inzwischen für notwendig. Das entspricht dem Ziel der NATO Staaten.

Was Deutschland bisher fehlt, ist eine übergreifende Idee seiner außenpolitischen Rolle. Beginnen sollte eine solche mit der Stärkung Europas und dem Ausbau einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese auf der Ebene der EU27 umzusetzen, ist im gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union leider nicht realistisch. Deshalb sollte eine Avantgarde von Staaten vorausgehen, die bereit und in der Lage ist, im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel enger zu kooperieren. Wünschenswert wäre, dass dieser Gruppe neben Deutschland, Frankreich, Polen und

unabhängig vom Brexit auch Großbritannien angehörten. Als integratives Projekt stände es anderen EU Mitgliedstaaten selbstverständlich jederzeit offen, sich der Gruppe anzuschließen. Ganz oben auf der Liste zu behandelnder Themen müsste eine europäische Strategie für den Nahen- und Mittleren Osten stehen. Keine andere Region ist von der Stabilität dieser Staaten so sehr betroffen wie Europa, weshalb es umso mehr erstaunt, dass wir im Nahen- und Mittleren Osten keine gestaltende Rolle einnehmen.

Deutschland kann es sich nicht länger leisten, Gefahren möglichst aus dem Weg zu gehen.

Wir haben uns lange auf Andere verlassen können. Aber Deutschland kann es sich nicht länger leisten, Gefahren möglichst aus dem Weg zu gehen, denn inzwischen schaut die Welt auch nach Berlin, wenn es darum geht, schwierige Entscheidungen zu treffen und global Verantwortung zu übernehmen. Es ist an der Zeit, aus dem sich gegenseitig verstärkenden Teufelskreis herauszubrechen: Weil wir keine Strategie haben, gibt es keine Debatten. Und weil wir keine Debatten führen, fehlt der gesellschaftliche Rückhalt für ein stärkeres deutsches Engagement in Europa und der Welt.

Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU),
ist Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke. Er ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Resolute Neutralität – Daten zur außenpolitischen Abstinenz des Exportweltmeisters

von Dr. Michael Werz

Ein Gutteil der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte der Nachkriegsjahre war einer ungewöhnlichen politischen Situation geschuldet. Über Jahrzehnte hinweg leistete sich Deutschland den Luxus einer Gesellschaft, die sich weigerte Nation zu sein. Wirtschaftlich global tätig, aber vermeintlich ohne nationale Interessen, im Zentrum geopolitischer Verwicklungen des Kalten Krieges situiert, jedoch ohne wirklich daran teilzuhaben.

Als Hannah Arendt 1950 erstmals aus den USA in das Nachkriegsdeutschland zurückkehrte, beschrieb sie sie eine Stimmung „resoluter Neutralität“. Diese Geisteshaltung war wichtiger Bestandteil der bundesrepublikanischen Demokratisierung nach der vermeintlichen Stunde null – sie fungierte erfolgreich als radikale Negation der nationalsozialistischen Parteilichkeitsideologie.

Eine umfangreiche von der Atlantik-Brücke in Auftrag gegebene Umfrage zu „Außenpolitischen Chancen und Risiken“ bietet, basierend auf einem Panel von 5.000 Teilnehmern, einen Einblick in sich verändernde Einschätzungen über Deutschlands Rolle in der Welt — und sie dokumentiert das Fortdauern unzeitgemäßer Neutralitätsillusionen, die Hannah Arendt bereits vor fast siebzig Jahren diagnostizierte.

Wie in vielen anderen Gesellschaften, lassen sich auch in Deutschland nationale Denkmäler vor dem Dispositiv der Vereinigten Staaten verdeutlichen. Die außerordentlich negative Einschätzung des Verhältnisses zu den USA (51.5% eher negativ/33.8% sehr negativ) kann angesichts der Politik Präsident Trumps nicht überraschen. Interessant ist jedoch, dass weit mehr als die Hälfte der Befragten (57,6%) eine „stärkere Distanzierung“ von den USA fordern und in der darauffolgenden Frage knapp 80% ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands im Ausland ablehnen.

Diese Zahlen sind erklärungsbedürftig.

Denn zum einen durchlief (zumindest die Bundesrepublik) Deutschland während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts intensive politische, kulturelle und ökonomische Modernisierungen. Danach, mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sowie dem raschen Wachsen der Europäischen Union in den neunziger Jahren, intensivierten sich regionale und globale Einbindung des Landes noch.

Doch den Fallstricken außenpolitischer Abstinenz haben all diese Erfahrungen weniger Abbruch getan als zu vermuten wäre. Mag die Skepsis gegenüber Militärischem noch erklärbar sein, so ist die Indifferenz hinsichtlich der Chancen internationaler Politik eher erschreckend. Die mit Abstand größte Gruppe der Befragten (44,8%) antwortet auf die Frage, ob deutsche Außenpolitik das Weltgeschehen eher zum Besseren oder Schlechteren verändere, mit einem phlegmatischen „weder noch“. Es ist die Indifferenz einer Gesellschaft der Exportweltmeister mit begrenzter Haftung. Selbst die Frage nach einer EU Armee ist nicht wirklich mehrheitsfähig, knapp die Hälfte der Befragten (47,7%) tendiert zu einem ja, jede/r siebte ist unentschieden und etwas mehr als ein Drittel antworteten mit nein (39,6%).

Natürlich sind all dies keine einfachen Fragen, aber mit einem Minimum an Nachdenken über die politische und humanitäre Situation etwa in Syrien oder der Levante müsste eigentlich klar sein,

dass diese Weltabkehr keine Perspektive hat. Dennoch ziehen sich solche Denkweisen bis ins deutsche Außenamt. Nachdem Präsident Trump den unverantwortlichen Abzug der U.S. Spezialeinheiten aus Nordsyrien verkündete, gab Außenminister Heiko Maas Besorgnis und Überraschung [zu Protokoll und wies zurecht darauf hin](#), dass der Kampf gegen den Islamischen Staat noch nicht gewonnen sei. Darauf folgte außer dem Verweis des Problems an die Vereinten Nationen — nichts. Kein Wort zu Maßnahmen der Bundesregierung oder der europäischen Partner, gleichsam die regierungsamtliche Version des „weder noch“. Und das, obwohl der Amtsinhaber im Weißen Haus und seine Republikanische Partei die Stützpfeiler einer ohnehin unterernährten globalen Ordnung einreißen und damit europäische und deutsche Interessen unmittelbar bedrohen.

Die Behaglichkeit resoluter Neutralität verdichtet sich auch im Fehlurteil über die globale Rolle der USA, und sie manifestiert sich in der Unterschätzung des [Volumens der U.S.-Militärausgaben](#). Wenngleich diese Ausgaben kein verlässlicher Indikator für internationale Stabilität sind ist dennoch vielsagend, dass nur rund 12% der Deutschen sie realistisch bewerten und knapp drei Viertel der Befragten die Höhe der Ausgaben dramatisch unterschätzen. Trotz der Gefahren, die von Syrien (und der Einmischung von Moskau, Riad, Teheran und Ankara) ausgehen, gibt es kaum Bereitschaft, die von der Trump-Administration gerissenen Lücken zu schließen. Und das, obwohl die Hälfte der Befragten (49,8%) damit rechnet, dass „durch die aktuelle Außenpolitik der USA“ der Ausbruch eines neuerlichen Krieges in Nahost wahrscheinlich wird.

Es gibt eine Ausnahme vom Neutralitätsedikkt: Eine große Gruppe der Befragten (42,1%) heißt zumindest implizit den Einsatz von polizeilichen oder militärischen Mitteln im internationalen Kontext gut. Auf die Frage, in welchem Politikfeld die EU-Partner stärker miteinander kooperieren sollten, lautet die Forderung: „Schutz der EU Grenze“. Alle anderen Themen, von Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zu Energie und Außenpolitik pendeln zwischen 7%

und 16%. In den Augen der meisten Deutschen scheint sich die Legitimität der EU momentan vor allem in erfolgreicher Abwehr von Migranten zu bemessen.

Dieses politisch fatale Ergebnis ist unter anderem durch die Sprachlosigkeit der Bundeskanzlerin in der Migrationsfrage und die fehlende politische Diskussion um Frontex (die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache) erklärbar. Verheerend, wenn man erinnert, dass die UN Flüchtlingsorganisation UNHCR seit 2014 von mindestens 17.785 Todesopfern unter Migranten allein im Mittelmeer ausgeht und jeder zehnte Deutsche in der Flüchtlingshilfe aktiv ist. Die aktuelle Situation verdient eine breite Diskussion wie zu Zeiten der Debatte um die deutsche Beteiligung an der Verteidigung Bosniens.

Solche politischen Diskussionen sind nötig, weil sie die außenpolitische Verortung einer Gesellschaft befördern und bestenfalls ethische und normative Orientierung bereitstellen. Die Tatsache, dass fast doppelt so viele Befragte (42,3%) China für einen „verlässlichen politischen Partner“ halten wie die USA (23,1%), dokumentiert selbst in Zeiten Donald Trumps eine bemerkenswerte Kaltblütigkeit gegenüber dem chinesischen Autoritarismus nach innen und der militärischen Aggression in der ostasiatischen Nachbarschaft.

Es ist zu einfach, solche Positionen als naiv oder uninformiert abzutun, sie verweisen auf eine grundlegende Werteverchiebung.

Diese spiegelt sich auch in den Antworten auf die Frage nach den potenziell gefährlichsten Krisenherden wider: „Zunehmende Migra-

Es ist zu einfach, solche Positionen als naiv oder uninformiert abzutun, sie verweisen auf eine grundlegende Werteverchiebung.

tion“ sorgt die Deutschen neunmal mehr (18,6%) als die Ausweitung russischer (1,9%), respektive chinesischer (2,2%) Einflusszonen. Die verwerfliche laissez-faire-Haltung gegenüber dem Putin-Regime wird noch deutlicher, wenn es um deutsche Exporte geht: 39,9% der Befragten unterstützen eine Lockerung der EU-Sanktionen gegen Russland, auch wenn es weiterhin keine Lösung im Ukraine Konflikt gibt.

Man darf nicht vergessen: Stillschweigendes Einverständnis mit dem russischen Autoritarismus ist die Kehrseite eines residualen anti-Amerikanismus, der die deutsche Gesellschaft seit vielen Jahrzehnten begleitet. Als in den neunziger Jahren mit militärischem Engagement Deutschlands in Bosnien und Afghanistan Teile der alten Neutralitätstraditionen überwunden wurden, entstand ein Vakuum: hergebrachte Traditionen verblassten, ohne dass neue an ihre Stelle traten.

In dieser Umbruchphase entwickelte sich ein milder (und zuweilen rabiater) anti-Amerikanismus, an dem die neuen deutschen außenpolitischen Traditionen befestigt wurden. Erinnerung sei an Gerhard Schröders Rede von der Notwendigkeit Deutschland von den USA zu „emanzipieren“ um seinen Wahlsieg im Jahr 2002 zu sichern. Dass er aus dem Kanzlerbonus nur kurze Zeit nach der Abwahl mithilfe eines Kreml-Konzerns erheblichen Gewinn schlug und dies bis auf den heutigen Tag möglich ist, dokumentiert die Risiken außenpolitischer Indifferenz. Putins eurasischer Husarenritt markiert, in vielerlei Hinsicht, die Referenzpunkte eines kategorischen Imperativs deutscher Außenpolitik: Morde an russischen Dissidenten in England, Bombardierung von Krankenhäusern in Syrien, Angriffe auf die Infrastruktur des deutschen Bundestages, die Einmischung in das italienische Referendum und die demokratische Infrastruktur der USA.

Deutsche Politik und Gesellschaft müssen sich daran messen lassen, ob sie versuchen, einer „für alle, jederzeit und ohne Ausnahme geltenden Maxime folgen“ und ob dabei „das Recht aller betroffenen Menschen, auch als Selbstzweck, also nicht als bloßes Mittel zu

einem anderen Zweck behandelt zu werden, berücksichtigt wird.“ Daran, wie Bürgerinnen und Bürger in modernen Gesellschaften ihre Rolle in der Welt bestimmen und welche Rolle demokratische Selbstbestimmung, Pluralismus und Gerechtigkeit darin als Leitmotiv spielen, wirkt unmittelbar ins eigene Land zurück. Die Zeiten resoluter Neutralität sind vorbei.

Dr. Michael Werz

ist Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke und arbeitet in der Abteilung Nationale Sicherheit am Center for American Progress, einem liberalen Think Tank in Washington D.C.

Impressum

Herausgeber

Atlantik-Brücke e.V.
Am Kupfergraben 7
10117 Berlin

Redaktion

Dr. David M. Deißner (verantw.)
Katharina Draheim

Projektleitung

Katharina Draheim

Lektorat

Katrin Weiden

Gestaltung

fountain, Düsseldorf
fountainstudio.de

ISSN-Nr.

2509-2456

